

VOLKSKAMMER

DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

10. Wahlperiode

- 29. Tagung -

Mittwoch, den 22. August 1990

(Stenografische Niederschrift)

Beginn der Tagung: 16.05 Uhr

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl S.1355

1. Antrag des Ministerrates

Gesetz zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 3. August 1990 (Verfassungsgesetz) - 1. Lesung S.1355
(Drucksache Nr. 193 und Anlagen)

Dr. Krause, Parlamentarischer Staatssekretär ... S.1356
Dr. Gysi für die Fraktion der PDS S.1356
Schwarz für die Fraktion der DSU S.1357
Kauffmann für die Fraktion der F.D.P. S.1357
Schulz für die Fraktion Bündnis 90/Grüne S.1358
Frau Kögler für die Fraktion CDU/DA S.1359
Schemmel für die Fraktion der SPD S.1359
Frau Birthler (Bündnis 90/Grüne) S.1360
Pietsch (Bündnis 90/Grüne) S.1360
Prof. Dr. Heuer (PDS) S.1360
Dr. Elmer (SPD) S.1361

Beschluß

Die Volkskammer stimmt mit Mehrheit dem Vorschlag des Präsidiums zu, den Antrag des Ministerrates, verzeichnet in Drucksache Nr. 193 und Anlagen, an den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform federführend, an den Rechtsausschuß und den Innenausschuß zu überweisen ... S.1361

2. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform

Gesetz zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 3. August 1990 (Verfassungsgesetz) - 2. Lesung S.1361
(Drucksache Nr. 193a und Anlagen)

Becker, Berichterstatter des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform S.1361
Poppe (Bündnis 90/Grüne) S.1362

Beschluß

Die Volkskammer beschließt in namentlicher Abstimmung bei notwendiger Zwei-Drittel-Mehrheit den Antrag des Ministerrates - Gesetz zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik vom 3. August 1990 (Verfassungsgesetz), verzeichnet in Drucksache Nr. 193 und Anlagen S.1362
Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl S.1362
Dr. Gysi (PDS) S.1362

Ministerpräsident de Maizière S.1362

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl S.1363

Die Volkskammer tritt am 22. 8. 1990 um 21.00 Uhr zu einer Sondertagung zusammen.

Ende der Tagung: 19.00 Uhr

Anlage 1

Namentliche Abstimmung S.1363

Anlage 2

Schriftliche Antwort auf Anfrage eines Abgeordneten S.1366

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Die 29. Tagung der Volkskammer ist eröffnet.

Wir begrüßen ganz herzlich die Vertreter des Diplomatischen Korps sowie die an unserer Tagung teilnehmenden in- und ausländischen Gäste.

Bevor ich Ihnen die Tagesordnung verlese, möchte ich zu einer Spende aufrufen. Das Kinderferienlager am Scharmützelsee plante sei längerer Zeit zwei Durchgänge im September für Kinder mit Behinderungen. Es ist geplant, zwei Durchgänge für je 350 Kinder durchzuführen. Jetzt ist die Finanzierung dieser beiden Durchgänge gefährdet. Im Auftrage des Behindertenverbandes möchte ich Sie ganz herzlich bitten, durch Spenden in die durchsichtige Urne einen Betrag von 30 000 DM aufzubringen. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis.

(Beifall)

Die Tagesordnung der 29. Tagung liegt Ihnen vor. Es wird behandelt das Gesetz zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in 1. und 2. Lesung.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Antrag des Ministerrates

Gesetz zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 3. August 1990 (Verfassungsgesetz)

(1. Lesung)

(Drucksache Nr. 193 und Anlagen).

Ich bitte nun den Vertreter des Ministerrates der DDR, Herrn Dr. Krause, das Wort zur Begründung zu nehmen.

Dr. Krause, Parlamentarischer Staatssekretär:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Begründung zum Einreichen dieses Vertrages ist an gleicher Stelle bereits vor wenigen Tagen, in der letzten Sondersitzung erfolgt. Ich habe von diesem Hohen Haus den Auftrag erhalten, die in der Anlage aufgeführten Wahlkreise entsprechend den Vorschlägen neu zu ordnen. Mir ist es gelungen, in Form einer Vertragsänderung diesen Vorstellungen zu entsprechen. Deshalb kann ich mir die Begründung heute kurz machen. Ich bitte, da die von den Fraktionen eingereichten Wahlkreisänderungen erfolgt sind, um Ihre Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Dr. Krause.

Ich eröffne nun die Aussprache und bitte als ersten Redner den Abgeordneten Gysi von der Fraktion der PDS, das Wort zu nehmen.

Dr. Gysi für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der letzten Sondersitzung, als es leider auch nur um dieses Gesetz ging und nicht um andere, noch wichtigere Sachfragen, hat dieses Gesetz keine Zustimmung bekommen, und vorher war schon entschieden worden, daß das Präsidium der Volkskammer die Frage der Wahlkreise noch einmal neu entscheiden und regeln soll.

Ich empfinde es als eine Mißachtung der Volkskammer, wenn ein gleiches Gesetz wieder vorgelegt wird, nur in der Hoffnung, daß mehr Abgeordnete anwesend sind und deshalb eine Mehrheit erreicht würde, die beim letzten Mal nicht erreicht worden ist. Es gibt eine souveräne Entscheidung dieses Hauses, die eigentlich erfordert hätte, daß man einen neuen Wahlvertrag abschließt, um hier vielleicht eine breitere Zustimmung zu erreichen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Das heißt, daß auch das Gespräch mit der Opposition gesucht wird, was in dieser Frage nicht geschehen ist.

Im übrigen stimmt es nicht, wenn hier gesagt worden ist, daß die Vorschläge der Fraktionen -

(Zwischenruf von Dr. Krause, CDU)

Sie sagen, das stimmt nicht, also mit uns ist darüber nicht gesprochen worden, Herr Krause.

(Erneuter Zuruf)

Dazu komme ich gleich. Unser Antrag zur Wahlkreisänderung bezog sich auf Berlin. Es ist nicht ein einziger diesbezüglicher Antrag durchgekommen. Die anderen Anträge, die jetzt zu Wahlkreisänderungen geführt haben, stammen alle nicht von der PDS, sondern von den damals regierenden Parteien. Und so sehen sie auch aus.

(Heiterkeit und Zwischenrufe von CDU/DA)

Ja, ich kann Ihnen das sogar im einzelnen belegen, aber es ist, glaube ich, etwas müßig, Sie wissen es ja selbst.

Das ganze Problem besteht darin, daß hier zwei bisher völlig unterschiedliche Wahlgebiete zusammengefaßt werden zur Wahl eines gemeinsamen Parlaments und daß die unterschiedliche Entwicklung nicht berücksichtigt wird. Man geht einfach davon aus, daß bestimmte Parteien sich mit anderen in der Bundesrepublik fusionieren und dadurch ohne weiteres gesamtdeutsch auftreten können, während sich eben andere Parteien bisher nur in dem einen oder anderen Land entwickelt haben. Dennoch werden ihnen Auflagen erteilt, die das Gesamtgebiet umfassen. Und das ist natürlich undemokratisch, wie überhaupt Sperrklauseln undemokratisch sind.

In diesem Zusammenhang ist es eindeutig, daß hier bestimmte Vorteile gesucht worden sind, daß das demokratische Wahlgesetz, das wir noch zu den Wahlen am 18. März hatten, bei dieser Vereinbarung keine Berücksichtigung gefunden hat und daß dadurch die Oppositionsparteien oder Bewegungen in der DDR erheblich benachteiligt werden.

Das politische Ziel ist klar. Man will nicht, daß ihre Stimme im gesamtdeutschen Parlament gehört wird. Man fürchtet eine bestimmte Konkurrenz, und das spricht eben von einem undemokratischen Herangehen.

Ich bin eher dafür, daß so viel Politikangebote wie möglich mit Chancengleichheit unterbreitet werden können, damit die Wählerinnen und Wähler auch eine entsprechende Auswahl haben. Das wird eingeschränkt.

Verfassungsrechtliche Bedenken im Sinne des Grundgesetzes sind ja nicht nur etwa hier in diesem Lande geäußert worden, sie sind auch in der Bundesrepublik geäußert worden, sie sind auch von Leuten geäußert worden, die wohl nicht verdächtig sind, gerade der PDS nahestehen. Aber über all das setzt man sich hinweg, und so etwas nenne ich schon ein bißchen die Arroganz der Macht, die sich allerdings letztlich nie wirklich ausgezahlt hat.

(Unruhe, Gelächter und Zwischenrufe, vor allem bei CDU/DA - Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Ich danke Ihnen für diesen Beifall. Er zeigt doch, daß wir eine Arroganz der Macht im Herbst 1989 beseitigt haben, im Unterschied zu Ihrer Auffassung allerdings nicht mit dem Ziel, eine neue Arroganz der Macht zu schaffen,

(Zwischenruf von der SPD: Was heißt: Wir?)

von der Sie inzwischen reichlich Gebrauch machen.

(Beifall bei der PDS)

Es ist mir völlig klar, wann sollten Sie je Verständnis für Opposition entwickeln?

(Große Heiterkeit und Zwischenrufe)

Deshalb fällt Ihnen das auch heute noch so schwer. Sie müssen noch viel dazulernen. Es wäre für Ihre Partei wirklich wichtig gewesen, einmal in die Opposition zu gehen. Ich sage Ihnen, das ist eine ungeheuer wichtige Schule!

(Beifall bei der PDS und Heiterkeit)

Versuchen Sie es mal! Und dann werden Sie das auch selbst feststellen.

Aber das alles ändert nichts daran, daß dieser Wahlvertrag, wie gesagt, in diesem Hause abgelehnt worden ist. Und was ich nun am wenigsten verstehe, ist folgendes: Die CDU hat damals noch für einen anderen Wahlvertrag gestritten. Deshalb verstehe ich jetzt auch nicht diese Zwischenrufe. Damals wurde doch ausdrücklich erklärt, man wolle getrennte Wahlgebiete, keine oder eine geringere Sperrklausel, um auch anderen Parteien und Bewegungen entsprechende Chancen einzuräumen.

Nun ist ja die SPD, die unbedingt für dieses Wahlrecht eingetreten ist, aus der Koalition ausgeschieden; die CDU hätte doch alle Möglichkeiten, ihre ursprünglichen Forderungen durchzusetzen.

Mir scheint, es wird deutlich: Es war alles nur Propaganda, weil man wußte, es kommt vom anderen Koalitionspartner der Widerpart, und dann wird das Wahlrecht gemacht, das die herrschenden Parteien begünstigt und andere möglichst ausschaltet. Aber ich sage Ihnen: Sie werden damit keinen Erfolg haben, auch wenn Sie diesmal über Disziplinierung versuchen, hier die entsprechende Mehrheit zu erreichen. Sie haben das ja beim letzten Mal erlebt, als einige Abgeordnete sich anders verhielten als die Mehrheit der Fraktion, was die sich anhören mußten.

(Zuruf: Waren Sie dabei?)

Ja, da war ich dabei, das ist ja hier laut gerufen worden beim Herausgehen. Hier darf ich doch noch anwesend sein, nicht? Und das war deutlich mitzubekommen, was ihnen vorgeworfen worden ist. Und das spricht meines Erachtens für ein falsches Verständnis von Parteidisziplin. Das kannte man mal aus früherer Zeit, das sollte hier als überwunden gelten.

(Beifall bei der PDS)

Auf jeden Fall hat jeder Abgeordnete heute die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, ob er einem solchen undemokratischen Wahlvertrag zustimmt oder ob er das nicht macht, ob er für Chancengleichheit eintritt oder ob er das nicht macht. Er hat das auch allein vor seinem Gewissen und vor niemandem sonst zu verantworten. Und ich hoffe, daß es noch genügend Abgeordnete gibt, die erkennen, daß hier keine Chancengleichheit im Sinne des Grundgesetzes gewährt wird und deshalb diesem Wahlvertrag die Zustimmung verweigern werden.

Und ich hoffe auch, daß einige, gerade der CDU-Abgeordneten, sich an das erinnern, was sie früher einmal mit diesem Wahlvertrag erreichen wollten, was inzwischen gänzlich aufgegeben ist. Jeder hat auf jeden Fall die Möglichkeit, sich frei zu entscheiden und kann hinterher nicht erklären, daß das unter irgendeiner Art Druck geschehen ist.

Wir haben gesagt, daß wir uns mit diesem Wahlrecht nicht abfinden werden. Ich will aber gleichzeitig hinzufügen: Sie können die Hürden noch so hoch aufbauen, Sie werden uns nicht daran hindern, auch in einem geeinten Deutschland Politikangebote zu unterbreiten. Und ich bin sehr optimistisch: Einige von uns sehen sich wieder in diesem Deutschen Bundestag, darunter auch PDS-Abgeordnete.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Als nächsten Redner bitte ich von der Fraktion DSU den Abgeordneten Schwarz, das Wort zu nehmen.

Schwarz für die Fraktion der DSU:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ansinnen der DSU war und ist es, neben einer demokratischen Besetzung des Bundestages insbesondere auch zu erreichen, daß die Interessen der Bevölkerung der DDR in einem zukünftigen gemeinsamen Parlament entsprechend berücksichtigt werden. Das könnte nur dadurch erreicht und gewährleistet werden, daß nicht nur die etablierten großen Parteien die Chance zum Einzug in den Bundestag erhielten, sondern insbesondere auch die kleineren und jüngeren Parteien der DDR.

Jeder hier im Hause sollte erkennen, daß parteipolitische und wahltaktische Überlegungen im Zusammenhang jetzt nicht mehr angebracht sind, daß es hier jetzt nur noch eins zu tun gibt, nämlich bedingungslos die notwendigen Schritte zu unternehmen, um das Ziel der Wiedervereinigung möglichst schnell zu erreichen und umzusetzen.

Dem dient dieses Gesetz. Es wird daher von der DSU, wenn es uns auch nicht restlos glücklich macht, getragen.

Aber es müssen zu der entscheidenden Sondersitzung, der Sitzung vom 8. August, und zu Ihnen, Herr Gysi, ein paar Worte gesagt werden, auch zu dem Zeitraum, der bis heute dazu vergangen ist.

Meine Damen und Herren! Diese Sommerpause, die keine war, wird von vielen Abgeordneten dieses Hohen Hauses genutzt worden sein, mit den Menschen ihrer Umgebung gesprochen zu haben. Und da die Probleme dieses Landes überall gleich sind, müßten wir doch nahezu einstimmig alle wesentlichen Entschlüsse fällen. Das ist aber nicht so. Und deshalb ist das Ansehen dieses Parlaments - Umfragen beweisen es - ganz schlecht. Sachliche und auch unsachliche Kritik an ihren Vertretern haben ihre Berechtigung.

Da erweist Herr Gysi mit seinen Geschäftsordnungsanträgen und vielem anderen dem Parlament und Gott sei Dank auch seiner Partei einen schlimmen Dienst, denn man konnte nicht zur Sacharbeit kommen.

(Beifall bei der DSU)

Wo ich auch nachfragte: Kein Bürger verstand diesen Mann, diese Partei, die noch im Zustand des Zusammenbruchs endlos taktiert, hemmt und lähmt.

(Beifall bei der DSU)

Die Frage dieser Regierung liegt darin, daß sie mit unfähigen Ministern nicht die Dinge und Entscheidungen rüberbringt, die unsere Bürger erwarten. Die einfache und verständliche Sprache wird nicht angewendet. In dem voll entbrannten Wahlkampfstreit der Parteien, ihrem öden Hin und Her, Raus und Rein, Weg oder Nicht-Weg sehen sich unsere Bürger verhöhnt.

(Beifall bei der DSU)

Und wer diese Zeichen der Zeit nicht verstehen will, wer für das Danach plant und taktiert, der sollte seinen Hut nehmen und seiner Arbeit von früher nachgehen, wenn sein Betrieb nicht schon pleite gemacht hat.

Im Namen der Deutschen Sozialen Union sage ich: Wir hätten unseren Bürgern und uns viel Kummer erspart, wenn Sie damals, am 17. Juni, unserem Antrag zugestimmt hätten.

(Beifall bei der DSU)

Am außenpolitischen Klima hat sich nichts Wesentliches geändert, was zumindest die 2+4-Gespräche betrifft. Mancher Betrieb, manche Einrichtung hätte überlebt, wenn Sie wie die DSU Ihren Wahlaussagen des März treu geblieben wären. Jetzt stehen wir vor dem Scherbenhaufen DDR, einem Erbe der schlimmsten SED-Vergangenheit, das einen Vergleich mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen durchaus standhalten kann.

(Beifall bei der DSU, starker Widerspruch insbesondere bei der PDS, Zurufe von der PDS: Unverschämtheit, skandalös!)

Und wir ziehen Bilanz. Sehr deutlich sagten mir Bürger, die direkt betroffen sind: Hört auf in Berlin!

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Ich bitte Sie, zum Thema zu kommen, es geht hier um einen Wahlvertrag.)

Ich rede zur Wahl. Ich hätte diesen Hinweis von Ihnen schon mehrmals gern gehört, als Herr Gysi vorige Woche bei seinen Reden außerhalb dieses Themas sprach.

(Bernd Meier, PDS: Skandalös!)

Die DSU wird mit aller Konsequenz - und keiner kann uns die Gradlinigkeit absprechen - den Weg gehen, den wir für die Einheit brauchen, den Weg der Bildung der Länder, der Gesundung der Umwelt, den Lohn für Fleiß und Risikobereitschaft und der unbedingten Wiedergutmachung der Verbrechen des SED-Regimes und seiner Opfer.

Die DSU stimmt dem Vertrag zu.

(Beifall bei der DSU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Als nächsten Redner bitte ich von der Fraktion der F.D.P. - das ist die ehemalige Fraktion der Liberalen - den Abgeordneten Kauffmann, das Wort zu nehmen.

Kauffmann für die Fraktion der F.D.P.:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nur zu Ihrer Anfrage: Ich nehme nicht an - ach, Sie waren es nicht, Ent-

schuldigung -, daß Graf Lambsdorff, wenn er hier stünde, etwas anderes sagen würde.

(Heiterkeit, vor allem bei den Oppositionsfraktionen)

Ich gehe auch davon aus, meine Damen und Herren, daß Ihnen allen bewußt ist, daß das Fernsehen unsere Debatten generell überträgt, und ich denke nicht, daß das Programm bei uns im Fernsehen durch ständige Wiederholung unbedingt besser wird. Ich verkneife mir deshalb eine polemische und exhibitionistische Nabelschau in Vorbereitung eines künftigen Wahlkampfes. Ich bin in der glücklichen Lage, heute hier das bekräftigen zu können, was wir vor Wochen schon gesagt haben. Insofern kann ich konstatieren, daß wir nicht zu denen gehören, die vielleicht auf Grund der besonderen Situation bei uns im Lande zu den Wendehälsen gehören. Wir haben uns immer und unmißverständlich zu diesem Wahlvertrag bekannt, und ich muß schon sagen: Auch wenn Sie es zum Schluß etwas relativiert haben, Herr Kollege Gysi, so war ich doch teilweise fast zu Tränen gerührt und kann eigentlich, ehrlich gesagt, nicht ganz nachempfinden, warum Sie so pessimistisch in die Zukunft blicken. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Erinnern Sie sich bitte, auch wir sind eine Oppositionspartei.

(Heiterkeit bei der PDS)

Und ich beurteile dieses Wahlgesetz aus ganz anderer Ebene und darf Ihnen sagen: Nach meiner Auffassung wird die Zusammensetzung eines Parlaments nicht a priori von der Gesetzgebung bestimmt, sondern nach meinem Demokratieverständnis geschieht das immer noch vom Wähler.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und CDU/DA)
(Zuruf von der PDS: Ich bin zu Tränen gerührt.)

Sie sind auch zu Tränen gerührt, das freut mich. Dann haben wir wenigstens in dieser Hinsicht einen Konsens. Ich darf Ihnen aber auch versichern, daß es zu meinem Demokratieverständnis gehört, daß mir eine Opposition im Parlament jederzeit willkommener ist als eine außerparlamentarische Opposition. Vielleicht verstehen Sie zumindest diesen Hinweis.

Ich darf abschließend das bekräftigen, was unser Fraktionsvorsitzender schon in dieser Sondersitzung zum Ausdruck gebracht hat: Wir stimmen diesem Gesetzentwurf zu. Ich danke.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Als nächsten Redner bitte ich von der Fraktion Bündnis 90/Grüne den Abgeordneten Schulz, das Wort zu nehmen.

Schulz für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die erneute Behandlung des Gesetzes zum Wahlvertrag verdanken wir ja nicht der Tatsache, daß sich eine Sperrminorität gefunden hat, die diesen undemokratischen Wahlvertrag abgelehnt hat, sondern daß einige Hinterbänkler aus den Koalitionsparteien nicht genügend Stehvermögen oder Sitzfleisch hatten oder nicht aufgepaßt hatten, daß die Sache noch nicht abgeschlossen war. Welche Verwirrung sie erst auf der Notbestuhlung des Bonner Wasserwerkes anrichten mögen, das sei dahingestellt.

(Vereinzelt Beifall)

Die letzte Sondertagung, die zu diesem Zweck, allein nur zu diesem Zweck, einberufen wurde und immerhin eine Menge Geld gekostet hat, war eine weitere Burleske in einem dramatischen Trauerspiel, ein Stück aus dem Tollhaus.

Ein Vizepräsident, der mit dem Mikrofon sein Amt vertauscht hatte, Fraktionschefs, die die Vertagung der Veranstaltung forderten, weil ihre Zwei-Drittel-Mehrheit bereits in die Sommerfrische geflüchtet war, berittene Boten, aufgeregte Telefonate,

um noch einige aufzuhalten. Herrn Eppelmann hat man wohl aus der Badewanne geholt.

(Heiterkeit)
(Zuruf: Nein, falsch.)

Falsch, aber ein Platz, wo Sie mit Sicherheit weniger Schaden anrichten könnten.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Dann das Umschwenken der Fraktionschefs, doch abzustimmen, weil man glaubte, die Reihen seien gefüllt, man hätte die nötigen Stimmen zusammen. Man hatte sich verzählt, und danach kam der große Katzenjammer, sicherlich auch auf der Regierungsbank der Kohl-Mannschaft. Aber ich glaube, dort haben einige verantwortungsvolle Damen und Herren begriffen, daß man nicht alles nach Drehbuch machen kann, was am Helmut-See vereinbart wurde.

(Zuruf aus den Reihen der CDU/DA: Komiker.)

Wir können die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes verstehen, die gerade wegen des Erscheinungsbildes dieser Volkskammer - und da stimme ich ihnen zu - eine schnelle Auflösung der Volkskammer wünschen, vor allem auch wegen der weitaus wichtigeren und dringenden Probleme, die im Lande stehen und die hier viel zu kurz kommen in der Diskussion durch all diese Anträge, die Sie ständig immer wieder auf die Tagesordnung bringen: Beitritt oder Nicht-Beitritt, Beitritt heute, Beitritt morgen.

(Vereinzelt Beifall)

Nein, das ist das ewige Margaritenspiel, was Sie hier aufführen: bleibe ich in der Koalition, gehe ich raus, bleibe ich drin. Wir können die verschiedenen Variationen ja hier erleben. Das sind die Inhalte, die Sie hier behandeln. Es sind Wahlkampfeschlachten, die hier abgezogen werden.

Aber ich möchte die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande bitten, uns mit Nachsicht zu betrachten, denn es sind die ersten dilettantischen Schritte in eine Demokratie.

(Unverständlicher Zuruf)

Ich denke, ich spreche über ein Thema. Ich glaube, das ist ganz wichtig, daß wir uns dazu verständigen.

(Zwischenruf der Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:
Herr Schulz! Darf ich daran erinnern, daß wir über den Wahlvertrag diskutieren. Danke schön.)

Ja, da dieser Wahlvertrag in seiner Substanz kaum verändert worden ist, Frau Präsidentin, auch das ist hier allen im Hause bekannt, sondern daß es nur um einen formalen Trick geht, Herr Gysi hat dazu bereits gesprochen, brauche ich diese ganze Argumentationskette nicht noch einmal aufzufahren. Wir haben darüber bereits gesprochen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte lediglich die Hochachtung und den Respekt der Fraktion gegenüber den fünf Sozialdemokraten bekunden, die die Zivilcourage hatten, sich der Stimme zu enthalten in einer solchen Situation,

(Vereinzelt Beifall)

auch wenn sie mit den Pfui-Rufen ihrer Fraktion verabschiedet worden sind.

(Beifall von Bündnis 90/Grüne)

So sieht es um die innere Demokratie in einer Fraktion aus, die von sich behauptet, keinen Zwang auszuüben. Ich will noch einmal deutlich sagen, wir haben uns dafür eingesetzt, und da haben wir uns durchaus bewegt, denn wir haben am Runden Tisch ein Wahlgesetz erkämpft, das ohne undemokratische Sperrklau-

sel auskommt. Wir haben uns bewegt und Ihnen zugestimmt, daß wir ein Wahlgebiet brauchen, weil wir die Gleichheit auch nach Artikel 30 des Grundgesetzes akzeptieren, daß wir ein Wahlverfahren brauchen, und daß wir Ihnen sogar entgegengekommen sind in der 5-Prozent-Hürde und uns dem Vorschlag der Grünen in der Bundesrepublik angeschlossen haben, diese 5-Prozent-Hürde länderweise anzuwenden, weil wir einfach die Spezifik der hier gewachsenen Parteienlandschaft berücksichtigen müssen.

Es gibt Organisationen, die gibt es ausdrücklich nur in der DDR, und die hatten seit dem Aufbruch der Mauer nicht die Chance, sich gesamtdeutsch auszudehnen oder vielleicht gar nicht den Anspruch, das zu tun. Und es ist einfach nicht gerechtfertigt, derartige politische Strömungen nicht zu berücksichtigen, und für diese Wahl länderweise die 5-Prozent-Klausel anzuwenden, gibt es guten Grund: Die erste deutsche Wahl 1949 zum Bundestag hat unter dem gleichen Modus stattgefunden, und es wäre angebracht, für diese Wahl genau dieses Wahlverfahren zu wiederholen. Es ist zutiefst demokratisch. Wie das gesamte deutsche Parlament hinterher entscheidet, das soll man ihm überlassen.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen,

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: die Redezeit ist vorbei!)

was passiert, wenn man politisch relevante Kräfte in der Gesellschaft ausschließt, ihnen den Zugang zum Parlament durch Trickse verweigert, daß wir dann das Umschlagen von Ohnmacht und Frustration in Gewalt und Terror wie in der BRD erleben, und die Atmosphäre in diesem Land gibt das durchaus her. Ich bitte Sie, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Als Redner von der Fraktion CDU/DA bitte ich Frau Kögler, das Wort zu nehmen.

Frau Kögler für die Fraktion CDU/DA:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin sicher, daß die Bevölkerung in unserem Land, die heute vor dem Bildschirm sitzt, der Auffassung sein wird, daß es wirklich ein schlechtes Theater ist, was heute hier vollführt wird, daß die letzten Stunden der Volkskammer, die auch die Einheit unseres Landes verwirklichen soll, was lange ersehnt ist, darauf hinausgehen, daß man wirklich eine Theatervorstellung gibt.

(Erregte Zwischenrufe vom Bündnis 90/Grüne und PDS)

Ich denke auch, daß man damit der Weltöffentlichkeit in Unwürde etwas vorführt, was in Würde kurz und bündig zu Ende gebracht werden sollte, und es wird kaum Verständnis dafür vorhanden sein, daß am 8. August 1990 von Herrn Gysi hier in zwei Stunden Geschäftsdebatte versucht wurde, vielleicht nochmal ...

(Zurufe: Sie haben eine schlechte Uhr.
Es waren drei Stunden.)

Wenn man genau hinschaut, sieht man, daß zwei Stunden lang versucht wird, alles hinauszuzögern anstatt zur Sache zu kommen, und heute beginnt es in gleicher Weise, und es wäre notwendig, zur Sache zu sprechen.

(Dr. Modrow, PDS: Dann tun Sie es doch!
Sprechen Sie zur Sache!)

Wenn es jetzt einen Vertrag gibt, der der Mehrheit bedarf und diese Mehrheit dann im Saal vorhanden ist, wenn man zu dem steht, wofür das Volk die Stimme gegeben hat - für die Einheit -, dann wäre es bereits am 8. August zur Abstimmung gekommen, und das ist das, was heute erwartet wird!

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Es ist eine Grotteske, wenn aus den Reihen der PDS die Forderung kommt, einerseits in den Bundestag einziehen zu wollen und andererseits sich gegen die Einheit auszusprechen. Das muß man sich einmal vorstellen.

(Lüge! Bei der PDS)

Meine Damen und Herren, das Gesetz in wesentlichen Veränderungen vorzulegen, ist nicht notwendig gewesen, aber es hat diese Veränderungen gegeben, wie sich aus der Drucksache Nr. 193, die Ihnen vorliegt ergibt, und es war ebenso notwendig - und dem ist Rechnung getragen worden -, daß sich die einzelnen Wahlkreise verändern, und es ist eine Forderung der PDS gewesen ... und was hören wir heute: nicht wesentlich geändert.

Also, jedes Mittel ist recht, um den Wahlvertrag hinauszuzögern und erneut wieder zu verhindern. Aber ich denke, daß es heute möglich sein wird, die Mehrheit zu erreichen. Von seiten der CDU/DA kann ich nur dazu auffordern, daß Sie Ihre Zustimmung zu dem Gesetzesentwurf, wie er erneut vorliegt, geben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Als letzten Redner rufe ich von der Fraktion der SPD den Abgeordneten Schemmel auf.

Schemmel für die Fraktion der SPD:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor nicht allzu langer Zeit - Sie werden sich sicher noch erinnern können - gehörte die SPD der Regierungskoalition an,

(Heiterkeit)

dies aus dem Bestreben heraus, Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu wahren und zu vertreten.

(Zuruf: Hätten Sie es mal gemacht.)

Mit dieser Motivation gelang es uns, eine Rolle zu übernehmen, die uns eigentlich nicht so sehr auf den Leib geschneidert war. Da und dort haben wir uns schon in der Koalition mit der Oppositionsrolle geübt, so z. B. bei den Fragen der Gestaltung des Wahlvertrages und beim Wahltermin.

Am 24. Juli fixierte die SPD-Fraktion ihren Standpunkt zu diesen Fragen. Einen Tag nach der Darstellung unserer Position hatten wir den Ministerpräsidenten Lothar de Maizière zu Gast in unserer Fraktion. Von ihm bekamen wir erläutert, warum unsere Forderungen nicht erfüllbar seien. Seine Erläuterungen waren durchsetzt mit verfassungsrechtlichen und juristischen Begründungen. Wir blieben strittig an diesem Tag. 10 Tage später war der Wahlvertrag perfekt und das Ganze in unserem Sinne, alle unsere Forderungen waren erfüllt, und auch unser vorgeschlagener Termin bekam Tage später das O. K. All dies war plötzlich auf der Basis des Grundgesetzes möglich. Deshalb ist der Wahlvertrag auch unser Ergebnis. Wir stimmen ihm zu.

Ein Wort noch zur Sperrklausel. Alles andere von Seiten der SPD wurde schon in der 28. Tagung von meinem Kollegen Rolf Schwanzitz dargelegt. Unsere Forderung zur Sperrklausel war dergestalt, daß wir eine Sperrklausel bezogen auf das gesamte Wahlgebiet erreichen wollten. Im Verlauf der Verhandlungen wurde diese Sperrklausel zu 5% festgelegt. Diese Zahl stellt Bündnis 90/Grüne sicherlich vor ein gewisses Problem, wenn gleich das Verfahren der Verbindung von Listen auch hier Auswege eröffnet. Ich bin kein Scheinheiliger,

(Unruhe und Heiterkeit)

selbstverständlich haben wir auch an Wahlchancen gedacht, aber das tut wohl jeder in diesem Haus. Aber wenn diese Erwägung wirklich gegen eine politische Partei oder Gruppe

zung gerichtet wäre, so war der Adressat gewiß nicht Bündnis 90.

(Zuruf: Sondern?)

Wenn sie gewesen wäre, dann wäre der Adressat nicht Bündnis 90 gewesen. Dazu verbindet uns trotz vieler Unterschiede und trotz einiger Unfreundlichkeiten von Herrn Schulz heute zuviel in Geist und Einstellung mit dem Bündnis 90.

(Unverständliche Zurufe)

Dies war in letzter Zeit vielleicht nicht immer transparent,

(Heiterkeit)

deswegen erlaube ich mir, an dieser Stelle daran zu erinnern.

Ein Wort noch zu dem Vorwurf, wir hätten vier oder fünf Kollegen, die ein anderes Abstimmungsergebnis auf der 28. Tagung gezeigt hatten, unter Druck gesetzt oder ihnen faktisch versucht, parteipolitische Zwänge aufzuerlegen. Es gibt in der SPD-Fraktion keinen Abstimmungszwang. Das können diese vier oder fünf Kollegen, die anders abgestimmt haben, sicherlich bestätigen. Es handelte sich hier um einen anderen Vorgang. Wir haben in der Fraktion einfach eine Vorabstimmung durchgeführt, und alle diese vier Kollegen haben sich zu einem gleichen Abstimmungsergebnis wie die Gesamtfraktion entschlossen. Nur darum ging es uns. Eine Fraktion, die sich gegenseitig ein Versprechen gibt, die kann auch im Vertrauen aufeinanderzukommen, und wir haben dieses als einen Vertrauensbruch in dieser Stunde gewertet. Das ist das Ergebnis und nicht die Durchsetzung von Fraktionszwang oder ähnlichem.

(Dr. Bergmann-Pohl: Herr Abgeordneter! Sind Sie mit Ihren Ausführungen am Ende?)

Ja, bitte.

(Dr. Bergmann-Pohl: Gestatten Sie drei Anfragen?)

Sicherlich.

Frau Birthler (Bündnis 90/Grüne):

Herr Abgeordneter! Sie sind nicht auf eines unserer wesentlichen Argumente gegen die Sperrklausel eingegangen. Ich würde Sie bitten, das nachzuholen. Es geht eben nicht um die Interessen ganz bestimmter Parteien oder politischer Vereinigungen. Die Frage ist, ob Sie vielleicht zu diesem Argument noch Stellung nehmen würden.

Schemmel (SPD):

Frau Birthler! Auf der 28. Tagung haben wir zu diesem Thema debattiert. Der Abgeordnete Schwanitz hat dazu die Stellung der SPD vorgetragen. Sie können es im Protokoll der 28. Tagung nachlesen.

Frau Birthler (Bündnis 90/Grüne):

Jetzt kommt meine Frage: Stimmen Sie mir zu, daß mit dieser Sperrklausel Millionen von Wählerstimmen unter den Tisch fallen und - schlimmer noch - für andere Parteien verwendet werden?

(Vereinzelt Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Schemmel (SPD):

Auch ein Wahlverfahren ohne Sperrklausel hat ja eine natürliche Sperrminorität - das wissen Sie - entsprechend der Zahl der Abgeordneten. Die Höhe der Sperrklausel bringt sicherlich hier quantitative Unterschiede, aber keine qualitativen.

(Unruhe im Saal)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Bitte noch eine Anfrage.

Pietsch (Bündnis 90/Grüne):

Herr Abgeordneter! Können Sie mir bitte folgendes erklären: Die SPD hat gegen die länderbezogene 5-Prozent-Sperrklausel argumentiert: Die Gleichheit würde dadurch verletzt werden -, und sie hat dabei relative und absolute Zahlen in einen Topf geworfen. Für mich ist das - ich will es ganz grob sagen - entweder demagogisch oder dumm. Können Sie mir bitte erklären, wie das zu sehen ist?

Schemmel (SPD):

Sie müßten dann die Frage deutlicher stellen. Sie sagten: Die SPD hat argumentiert.

Pietsch (Bündnis 90/Grüne):

Zum Beispiel Ihr Vorsitzender Herr Thierse hat behauptet, durch die länderbezogene 5-Prozent-Klausel würde das Gleichheitsprinzip verletzt werden, und hat relative und absolute Zahlen durcheinandergeworfen.

Schemmel (SPD):

Dann unterhalten Sie sich in der Pause bitte mal mit Herrn Thierse darüber.

(Gelächter im Saal)

(Pietsch, Bündnis 90/Grüne: Das ist doch aber Ihre Position.)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Moment, die Frage ist beantwortet. - Bitte, Herr Professor Heuer.

Prof. Dr. Heuer (PDS):

Zwei kurze Fragen: Sie haben gesagt, die Sperrklausel richtet sich nicht gegen Bündnis 90/Grüne, sie richtet sich offenbar gegen eine andere Partei. 1. Welche Partei meinen Sie? 2. Halten Sie eine Bestimmung, die sich gegen eine bestimmte Partei richtet, nicht für verfassungs- bzw. grundgesetzwidrig?

Schemmel (SPD):

Das würde ich sehr gern tun. Aber ich darf noch mal zitieren, ich habe hier meinen Zettel noch mal rausgesucht, wenn sich diese - was uns unterstellt wird, das habe ich bloß vorgelesen - Erwägung gegen eine politische Partei oder Gruppierung gerichtet hätte - ich finde, daß sie sich nicht dagegen richtet - aber wenn sie sich dagegen gerichtet hätte, habe ich nur unseren Freunden von Bündnis 90/Grüne gesagt, dann wären sie nicht der Adressat gewesen. Aber ich bestätige mit dieser Formulierung nicht,

(Gelächter im Saal - Beifall)

daß sie sich gegen eine Gruppierung gerichtet hat. Das würden Sie mir doch nicht unterstellen.

(Prof. Dr. Heuer, PDS: Aber Sie würden etwas für verfassungswidrig halten, wenn es sich gegen eine bestimmte Partei richtet?)

Darüber könnten wir im Verfassungsausschuß sprechen, bestimmt.

(Gelächter im Saal)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter Schemmel -,

(Zwischenruf von Prof. Dr. Heuer)

ich dachte, dieses wären Ihre zwei Fragen gewesen. Jetzt noch zwei Fragen, oder wie?

Prof. Dr. Heuer (PDS):

Herr Schröder hat, wie ich gelesen habe, Herrn Böhme als ein Sicherheitsrisiko bezeichnet. Halten Sie das nicht für Druck?

Schemmel (SPD):

Wir haben zu dieser ganzen Problematik eine Fraktionssitzung durchgeführt. Wir haben dort die Probleme einer gewissen Klärung zugeführt. Ich glaube nicht, daß es jemandem dienlich wäre, wenn ich Ihnen das jetzt alles erläutere, was wir dort besprochen haben.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter! Gestatten Sie noch zwei weitere Anfragen? - Bitte, aus Ihrer eigenen Fraktion.

Dr. Elmer (SPD):

Herr Abgeordneter, würden Sie bestätigen, daß die 5-Prozent-Hürde nicht den großen Vorteil hatte und hat, daß zum Beispiel die Republikaner nicht die Chance hatten, in den Bundestag einzuziehen?

Schemmel (SPD):

Das ist eines der Argumente, die oft gebraucht werden. Ich glaube, es ist nicht notwendig, das hier noch einmal vorzutragen. Genau dieses Argument ist auch in der Debatte der 28. Tagung schon mehrfach gebracht worden. Danke.

Präsident Dr. Bergmann-Pohl:

Eine letzte Frage, bitte.

Schemmel (SPD):

Von Herrn Gysi beantworte ich keine Frage. Herr Gysi, deswegen, weil ich letztes an einem Mikrofon stand und eine Zwischenfrage hatte, und da wurde von Herrn Gysi gesagt: Weitere Fragen oder überhaupt Fragen, nehme ich nicht an.

(Beifall und Gelächter im Saal)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Damit ist die Aussprache geschlossen. Das Präsidium schlägt vor, den Gesetzentwurf des Ministerrates auf der Drucksache Nr. 193 und seine Anlagen zu überweisen: zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform und zur Mitberatung an den Rechtsausschuß sowie an den Innenausschuß. Wer mit dem Überweisungsvorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Danke. Wer enthält sich der Stimme? - Danke. Damit ist der Überweisungsantrag angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir treten jetzt in eine Pause von 30 Minuten ein. Wir treffen uns hier im Plenarsaal pünktlich um 17.15 Uhr wieder.

(Unterbrechung der Sitzung)

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 2:

**Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform
Gesetz zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 3. August 1990
(Verfassungsgesetz)
(2. Lesung)
(Drucksache Nr. 193a und Anlagen).**

Ich bitte den Vertreter des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Herrn Becker, das Wort zur Begründung zu nehmen.

Becker, Berichterstatter des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform:

Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform hat mich mit der Einbringung des Gesetzes zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 3. August 1990 - Verfassungsgesetz - beauftragt. Der Ausschuß hat sich mit diesem Vertrag ja zum zweiten Mal befaßt und stellt fest, daß gegenüber der ersten Einbringung am 8. August 1990 alle vom Ausschuß damals gestellten Forderungen zur Veränderung des Vertrages und zur Änderung des Gesetzes in die heute vorliegende Drucksache Nr. 193 eingearbeitet sind. Das ist im § 1 die Ergänzung, die die Änderung des Vertrages vom 20. August 1990 hier fest schreibt. Das sind die Teilung des § 2 und eine Wortänderung, die damals von uns festgestellt wurden und hier in die neue Drucksache korrekt eingearbeitet sind.

Der Ausschuß stellt weiterhin fest, daß der Vertrag ohne Änderung vorliegt und daß die Anlage der Änderungen zum Bundeswahlgesetz ohne Änderung vorliegt.

Als Ergänzung liegt vor der Ergänzungsvertrag als weitere Anlage zur Drucksache 193, dessen Hauptbestandteil die Änderungen der Wahlkreise sind. Die Änderungen der Wahlkreise sind nach dem vom Hohen Haus beschlossenen Verfahren vorgenommen worden.

Der Ausschuß hat sich mit der Kritik von Herrn Gysi auseinandergesetzt und muß diese Kritik zurückweisen. Die Stadtverordnetenversammlung von Berlin war in diese Entscheidung einbezogen und hat so entschieden, daß keine Änderungen vorgeschlagen werden, so daß natürlich auch hier keine Änderungen in der Anlage fixiert worden sind.

Desgleichen wurde im Ausschuß festgestellt, daß weitere Änderungen zu Wahlkreisen hier nicht eingeflossen sind, weil diese Änderungen in den entsprechenden Territorien keine Zustimmung gefunden haben, so daß letzten Endes alle hier vorliegenden Änderungen zu den Wahlkreisen 288, 290, 292 bis 295, 318, 319, 326, 327 und 328 vorgenommen wurden und in die Gesamtanlage zur Drucksache 193 über die Wahlkreise Eingang gefunden haben.

Der Innenausschuß hat keine Änderungen vorgeschlagen. Der Rechtsausschuß hat gleichfalls keine Änderungen vorgeschlagen. Er hat über die Wahlkreiseinteilung Berlin gleichfalls diskutiert und letzten Endes mit Mehrheit dem zugestimmt, daß hier keine Änderungen vorgenommen werden sollten. Den Ausschlag hat dabei gegeben, daß die Stadtverordnetenversammlung von Berlin - wie von mir eingangs schon erwähnt - einbezogen worden ist.

Das Bündnis 90 hat als Minderheitenvotum im Ausschuß vorgebracht, daß es seine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Vertrag und gegen das Gesetz nicht ausgeräumt sieht.

Der Ausschuß hat mit 14 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen dem Gesetz zugestimmt und stellt dem Hohen Haus das Gesetz zur Zustimmung mit einer Zweidrittelmehrheit. Er hofft, daß dem Gesetz die Zustimmung nicht verwehrt wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU/DA und der SPD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Becker. Wir kommen gemäß der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zur Abstimmung.

Ja bitte, ein Geschäftsordnungsantrag.

Poppe (Bündnis 90/Grüne):

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne verlangt auf Grund Artikel 36 der Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gut, dann wird so verfahren. Es wird also eine namentliche Abstimmung stattfinden.

Da es sich bei diesem Gesetz um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt, ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Volkskammer erforderlich. Dem Gesetz müßten also mindestens 267 Abgeordnete zustimmen.

Ich bitte, nun zur Wahl zu schreiten. Wenn die Wahl abgeschlossen ist, werden wir das durch Klingeln kundtun.

(Unterbrechung der Sitzung)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? - Dann erkläre ich hiermit den Wahlgang für beendet und bitte um die Auszählung der Stimmen. Danke schön.

(Auszählung der Stimmen)

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetz zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland vom 3. 8. 1990, verzeichnet in der Drucksache Nr. 193, bekanntgeben: Abgegebene Stimmen insgesamt 371, davon ungültige Stimmen 0, also keine. Mit Ja haben gestimmt 295 Abgeordnete,

(Beifall bei CDU/DA und teilweise bei der SPD)

mit Nein haben gestimmt 74 Abgeordnete, und 2 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist dieses Gesetz angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen gleichzeitig das Ergebnis des Spendenaufrufes bekanntgeben. Wir haben insgesamt 13 465 DM plus 250 Schilling erhalten. Ich möchte mich ganz herzlich bei den Abgeordneten bedanken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Herr Gysi hat um eine Erklärung zur Aussprache gebeten. Bitte, Herr Gysi!

Dr. Gysi (PDS):

Frau Präsidentin! In der Diskussion haben die meisten Redner

auf mein Verhalten in der letzten Sondersitzung Bezug genommen. Dazu gebe ich folgende persönliche Erklärung ab:

1. Die Vorschläge zur Erweiterung der Tagesordnung entsprangen dem Bemühen, Sachfragen auf die Tagesordnung zu bekommen, die die Menschen mehr bewegen als der Streit der Parteien um das Wahlrecht, so wichtig die Frage auch ist.

(Bewegung und Protest bei CDU/DA)

2. Anträgen kann man stattgeben, und man kann sie ablehnen. Ich möchte aber davor warnen, allein die Wahrnehmung eines Antragsrechts zu diffamieren.

3. Wenn der Vertreter der DSU erklärte, daß sein Vorgehen breiteste Zustimmung und meins breiteste Ablehnung in der Bevölkerung gefunden hat, verstehe ich noch weniger, weshalb dann ein Wahlrecht zugunsten der DSU und zum Nachteil der PDS - um es vorsichtig zu sagen - gestaltet werden muß. Dies wäre doch dann gar nicht notwendig gewesen.

4. Eine sehr ernste und auch sehr persönliche Bitte an den Abgeordneten Schwarz: Hören Sie mit unzulässigen Vergleichen auf, die den Opfern und Betroffenen des Faschismus wie eine Verhöhnung vorkommen müssen und damit letztlich auch den wirklichen Opfern des Stalinismus in der DDR nicht nutzen, sondern schaden.

(Pfiff eines Abgeordneten - Unruhe im Saal)

Sie können mir glauben, ich weiß in beiden Fällen, wovon ich spreche.

(Beifall bei der PDS - vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Grüne und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Dem Pfeifer möchte ich sagen, wir sind hier nicht auf dem Fußballplatz, sondern in einem Parlament.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Außerhalb der Tagesordnung möchte ich Ihnen eine Erklärung abgeben.

Mir liegen die Rücktrittserklärungen folgender Minister vor: Frau Dr. Regine Hildebrandt, Herr Markus Meckel, Herr Dr. Gerhard Pohl, Herr Dr. Peter Pollack, Frau Sybille Reider, Herr Dr. Walter Romberg, Herr Dr. Emil Schnell, Herr Dr. Frank Terpe und Herr Dr. Kurt Wünsche.

Damit sind diese Minister von der Leitung ihrer Ressorts zurückgetreten und aus dem Ministerrat ausgeschieden. Ich gebe dies dem Hohen Haus zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident bittet um das Wort.

Ministerpräsident de Maizière:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gemäß Paragraph 15 Absatz 2 der Geschäftsordnung bitte ich um die Einberufung einer Sondersitzung der Volkskammer für heute Abend.

Auf dieser Sondersitzung sollen wir den Fahrplan und wollen wir den Fahrplan zur Herstellung der deutschen Einheit festlegen. Folgendes zur Begründung:

Der Ausschuß Deutsche Einheit hat in seiner Sondersitzung in Bonn den Auftrag erteilt, im Zusammenhang mit dem Wahlvertrag auch über die Termine zu entscheiden. Der Antrag dazu stammte vor allem von der SPD, die heute offenbar keine Entscheidung will.

Zweitens. Auf meine Initiative hin kam es gestern zu einem Gespräch mit allen Fraktionsvorsitzenden. Eine dann von den

Fraktionen mit getragene Lösung ist nicht zustande gekommen. Konsequenz darf meines Erachtens aber nicht sein, einen Tag später zu diesem Thema zu schweigen. Wir müssen uns neu bemühen, und dies schnell.

Drittens: Die letzten Wochen der Volkskammerarbeit waren gekennzeichnet von Anträgen des Beitritts, von Ankündigungen des Beitritts, von Ankündigungen der Ankündigung, von der Bestimmung von Konditionen und leider damit verbunden häufigen Streitigkeiten. DPA nennt in einer Meldung von heute, 17.00 Uhr, allein sechs solcher Aktivitäten.

Viertens: Die Parlamentskultur hat darunter gelitten, und die Arbeit der Volkskammer hat angesichts der ernstesten Probleme im Lande an Ansehen verloren.

Fünftens: Der Bevölkerung ist meines Erachtens das Hin und Her nicht länger zuzumuten. Ich habe viele Anrufe, Briefe und ähnliches aus der Bevölkerung erhalten. Es wird Zeit, die quälende Diskussion zu beenden.

(Beifall bei CDU/DA, der DSU und der F.D.P.)

Vor allen Dingen brauchen wir aber auch die Kraft, die verbleibende Zeit auf die Sacharbeit zu konzentrieren, um günstige Konditionen der Einigung zu gestalten.

(Beifall bei CDU/DA und der DSU)

Die Sondersitzung heute kann und soll alle diese Zweifel beseitigen.

(Beifall bei CDU/DA, der DSU und der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Laut § 15 Abs. 2 ... - vielleicht darf ich erst einmal zur Geschäftsordnung reden -. Ich möchte noch einmal erinnern, wie es im Abs. 2 heißt:

„Das Präsidium der Volkskammer ist verpflichtet, die Volkskammer einzuberufen, wenn die Volkskammer darüber einen Beschluß gefaßt hat oder mindestens ein Drittel der Abgeordneten oder der Ministerpräsident es verlangen.“

Da der Ministerpräsident verlangt hat, daß diese Sondersitzung heute stattfindet, muß das Präsidium jetzt sofort zurücktreten...

(Heiterkeit, Beifall bei der PDS und der SPD)

- Entschuldigung -, muß sich das Präsidium zurückziehen, um über diesen Antrag zu befinden.

(Prof. Heuer, PDS: Ist die jetzige Sitzung schon beendet?)

Die jetzige Sitzung ist noch nicht beendet. - Ein Geschäftsordnungsantrag, bitte.

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Ich möchte eine Erklärung im Namen der Fraktion abgeben.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Zu der Sondersitzung?

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Zu dem Gesprächsbeitrag des Ministerpräsidenten.

(Unruhe im Saal)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Das ist jetzt nicht möglich. Der Ministerpräsident hat eine Sondersitzung verlangt, und darüber befindet allein jetzt das Präsidium. Und das Präsidium wird sich jetzt für eine halbe Stunde zurückziehen und um 19.30 Uhr die Sitzung hier erneut fortsetzen, wobei die heutige Sitzung beendet ist. Ich bitte die Abgeordneten aber, sich um 19.30 Uhr hier zusammenzufinden und die Entscheidung des Präsidiums bitte zur Kenntnis zu nehmen.

(Unterbrechung der Tagung)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Das Präsidium hat über den Antrag des Ministerpräsidenten auf eine Sondersitzung beraten und mehrheitlich beschlossen, daß diese Sondersitzung heute stattfindet.

(Beifall bei CDU/DA)

Diese Sondersitzung findet heute um 21.00 Uhr

(Frau Wegener, PDS: Mitternacht ist besser!)

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Antrag der Fraktion der Deutschen Sozialen Union, die Volkskammer wolle beschließen, die DDR erklärt am 22. 8. 1990 den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes.

(Beifall bei DSU)

2. Antrag von mehr als 20 Abgeordneten der Fraktion CDU/DA, die Volkskammer möge beschließen, daß auf einer Volkskammersitzung am 9. Oktober 1990 der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung zum 14. Oktober 1990, 24.00 Uhr beschlossen wird.

(Beifall bei CDU/DA)

Ich möchte Sie bitten, pünktlich um 21.00 Uhr zur Sondersitzung hier zu erscheinen. Ich danke Ihnen.

Anlage 1

Namentliche Abstimmung

Tagesordnungspunkt 2 der 29. Tagung der Volkskammer

Die Volkskammer beschließt in namentlicher Abstimmung bei erforderlicher Zwei-Drittel-Mehrheit mit 295 Ja-Stimmen, 74 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen den Antrag des Ministerrates, verzeichnet in Drucksache Nr. 193 und Anlagen. 371 Stimmen wurden abgegeben.

Fraktion CDU/DA

Name	Abstimmung
Ackermann, Else Dr.	Ja
Albrecht, Michael	Ja
Altmann, Eckhard Dr.	Ja
Anders, Reinhard Dr.	Ja
Axthelm, Hans-Henning MR Dr.	Ja
Barthel, Lothar	Ja
Bauer, Harald	Ja
Bechstein, Gunter Dr.	Ja
Becker, Roland	Ja
Berend, Rolf	Ja

Klein, Lothar	Ja
Koch, Norbert	Ja
Landgraf, Sabine	Ja
Latussek, Paul Dr.	Ja
Lindenlaub, Andreas	Ja
Piche, Lothar	Ja
Schmidt, Thomas	Ja
Schmiele, Joachim Dr.	Ja
Schneider, Renate	Ja
Schwarz, Jürgen	Ja
Steiner, Andreas	Ja
Tiesler, Frank Dr.	Ja
Voigt, Gotthard MR Dr.	Ja
Walther, Hansjoachim Prof. Dr.	Ja

F.D.P.-Fraktion

Name	Abstimmung
Annies, Dieter	Ja
Dörr, Burckhard	Ja
Felber, Konrad	Ja
Gleisberg, Dieter Dr.	Ja
Hielscher, Günter Dr.	Ja
Kauffmann, Horst	Ja
Kley, Gerry	Ja
Kney, Johannes Dr.	Ja
Krause, Helmut	Ja
Lehment, Conrad-Michael	Ja
Meißner, Gert Dr.	Ja
Opitz, Bernhard Dr.	Ja
Ortleb, Rainer Prof. Dr.	Ja
von Ryssel, Thomas	Ja
Schicke, Dietmar	Ja
Schmieder, Jürgen Dr.	Ja
Staegemann, Gerd Prof. Dr.	Ja
Steinecke, Jochen Dr.	Ja
Thietz, Peter	Ja
Wöstenberg, Dieter MR Dr.	Ja
Zirkler, Klaus-Otto Dr.	Ja

Fraktion Bündnis 90/Grüne

Name	Abstimmung
Birther, Marianne	Nein
Dörfler, Ernst Dr.	Nein
Gauck, Joachim	Nein
Grabe, Christine	Nein
Hildebrand, Peter	Nein
Mäder, Jürgen	Enthaltung
Matzat, Gotthilf	Nein
Meisel, Hanns-Ulrich Dr.	Nein
Nooke, Günter	Nein
Pietsch, Rainer	Nein
Poppe, Gerd	Nein
Reich, Jens Prof. Dr.	Nein
Reichelt, Bernd Dr.	Nein
Schulz, Werner	Nein
Tschiche, Hans-Jochen	Nein
Ullmann, Wolfgang Dr.	Nein
Weiß, Konrad	Nein
Wollenberger, Vera	Nein

Fraktion DBD/DFD

Name	Abstimmung
Bencze, Karin	Ja
Goepel, Lutz Dr.	Ja
Helm, Dieter	Ja
Holz, Joachim	Ja
Maleuda, Günther Dr.	Nein
Marusch, Werner	Ja
Seeger, Per-René	Enthaltung

Watzek, Hans Dr.	Ja
Zschornack, Georg	Ja

Fraktionslose Abgeordnete

Name	Abstimmung
Diestel, Peter-Michael Dr.	Ja
Ebeling, Hans-Wilhelm	Ja
Klein, Thomas Dr.	Nein
Nowack, Joachim Hubertus	Ja

Anlage 2

Schriftliche Antworten auf Fragen von Abgeordneten

Antwort des Stellvertreters des Ministerpräsidenten und Ministers des Innern, Herrn **Dr. Peter-Michael Diestel**, auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Reinhard Höppner** (SPD) - Drucksache Nr. 60 -

Frage 54

Sieht sich die Regierung in der Lage, über eine Verordnung zu regeln, daß ab sofort die Möglichkeit zur Anmeldung eines Gewerbes zum Aufbau einer Detektei ausgesetzt wird, bis ein Datenschutzgesetz in Kraft ist und die Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen gewährleistet ist oder soll dazu die Volkskammer aktiv werden?

Wie will die Regierung ansonsten sichern, daß über die Anmeldung eines Gewerbes dieser Art frühere Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes ihre Arbeit fortsetzen und weiter im Privatleben von Menschen herumschnüffeln?

Antwort

Am 6. März 1990 hat die Volkskammer das Gewerbegesetz der DDR verabschiedet. Gemäß § 3 dieses Gesetzes ist für die Ausübung bestimmter Gewerbe eine Erlaubnis erforderlich, wenn an deren Ausübung im Interesse des Gemeinwohls spezielle Anforderungen gestellt werden müssen oder aus denen sich für die Allgemeinheit oder die im Betrieb Beschäftigten Gefährdungen und Beeinträchtigungen ergeben können.

Diese Erlaubnis erteilt auf Antrag die zuständige Gewerbebehörde.

Die erlaubnispflichtigen Gewerbe, zu denen auch Detekteien gehören, sind in der Anlage der Durchführungsverordnung zum Gewerbegesetz vom 8. März 1990 aufgeführt.

Diese Durchführungsverordnung verpflichtet gemäß § 3 Absatz 3 die für die jeweiligen Gewerbe fachlich zuständigen Minister, durch Rechtsvorschrift die Kriterien und Anforderungen für die Ausübung der erlaubnispflichtigen Gewerbe zu bestimmen, diese ständig zu überprüfen und bei Notwendigkeit zu ändern oder aufzuheben.

Eine solche Anordnung habe ich inzwischen erlassen und dem Minister im Amt des Ministerpräsidenten zur Veröffentlichung im Gesetzblatt der DDR zugeleitet. Darin sind im § 1 allgemeine Anforderungen hinsichtlich der Zuverlässigkeit und im § 2 spezifische Kriterien für die Ausübung des Gewerbes Detekteien festgelegt.

Das geltende Recht in der DDR räumt Detekteien keine andere Rechtsstellung ein als allen anderen Gewerbetreibenden. Sie üben keine amtlichen Funktionen aus und besitzen auch keine gesetzlichen Vorrechte. Handlungsmöglichkeiten, wie sie sich zum Beispiel aus der Strafprozeßordnung für die darin genannten staatlichen Ermittlungsorgane ergeben, bestehen nicht. Demzufolge sind Ermittlungen von Detekteien auf allgemein zu-

gängliche Informationsquellen und persönliche Auskünfte von Dritten beschränkt.

Der Schutz der Daten der Bürger wird durch die Festlegungen im § 2 der Anordnung vom 23. Februar 1989 zur Gewährleistung der Datensicherheit garantiert. Verletzungen der Rechte an persönlichen Daten werden gemäß § 136 a des Strafgesetzbuches strafrechtlich verfolgt.

Durch die Dienststellen der DVP werden Anfragen von Detekteien zu Personen wie Bürgeranliegen behandelt und Auskünfte nur im Einverständnis mit den Betroffenen erteilt.

Angesichts dieser Rechtslage gehe ich davon aus, daß der Stellvertreter der Präsidentin der Volkskammer, Abgeordneter Dr. Höppner, meine Auffassung teilt, daß der aufgezeigte rechtliche Rahmen ausreichend ist, einen Mißbrauch im Sinne des Anliegens seiner Anfrage weitestgehend auszuschließen.

